

# Gewalt gegen Polizeibeamte

Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Bernd Buchholz (FDP) und Antwort der Landesregierung – Ministerin für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport – Gewalt gegen Einsatzkräfte 2023 –

Die FDP-Landtagsfraktion lässt es sich auch in diesem Jahr nicht nehmen und zeigt erneut durch eine Kleine Anfrage zur Situation um die Gewalt gegen Einsatzkräfte die schwierige und sich weiter verschlechternde Situation um den Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen auf.

Wie in den Jahren zuvor sind die Zahlen der tätlichen Angriffe und Widerstandshandlungen auch in 2023 auf insgesamt 1.303 Fälle gestiegen (1.170 in 2020, 1.234 in 2021, 1.256 in 2022).

432 Polizistinnen und Polizisten wurden im vergangenen Jahr verletzt, sieben davon schwer. Insgesamt 1.007 Tage waren Kolleginnen und Kollegen infolge dieser Straftaten dienstunfähig. 2022 waren es noch 466 Tage. Offenbar stehen die Täter häufig unter Alkohol- oder Drogeneinfluss.

Die von der FDP-Landtagsfraktion gestellten Fragen und die daraus resultierenden Antworten versuchen die Gewaltdelikte dahingehend zu differenzieren, ob sie im Zusammenhang mit Veranstaltungsgeschehen stehen. In ganz überwiegenden 1.239 Fällen war dem nicht so und das bestätigt damit unsere bisherige Erkenntnislage: Unsere Kolleginnen und Kollegen werden insbesondere im ganz „normalen“ Alltagsdienst mit Gewalt gegen sich selbst konfrontiert!

Insgesamt 72 Gewaltdelikte gegen Einsatzkräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes, die häufig in „Gefahrengemeinschaften“ mit der Polizei passierten, verdüstern das traurige Bild.

Der anfragende innen- und rechtspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Bernd Buchholz, kommentiert in den Medien treffend: „Unsere Polizeibeamten im

Land müssen vor solchen Angriffen besser geschützt werden. Nicht nur zugunsten der eigenen Gesundheit, sondern auch, weil die Personalsituation bei der Polizei

auch ohne Dienstauffälle schon angespannt genug ist.“

Auch der Vorsitzende des Hilfs- und Unterstützungsfonds für Polizeibeschäftigte und deren Familien in Not e. V., Andreas Breitner, äußert sich betroffen: „Es ist kaum zu glauben und macht wütend, dass die Aggressivität gegen die Polizistinnen und Polizisten weiter von Jahr zu Jahr zunimmt.“

Erklärungen sind sicherlich schwierig. Alkohol, Drogen und Medikamente enthemmen, egal ob legal oder illegal konsumiert. Unter deren Einfluss fällt es leicht, Polizistinnen und Polizisten nicht als Men-



Foto: Susanna Reckhoff



schen zu sehen, sondern „nur“ als für diesen Staat tätige Uniformträger. Missachtung, fehlende Wertschätzung, Hass entladen sich dann gegen Einsatzkräfte der Polizei, der Feuerwehr und des Rettungsdienstes sowie andere für diesen Staat tätige Menschen. Aber ich gebe zu bedenken, dass nur ein kleiner Teil der Bürgerinnen und Bürger für die Gewalt verantwortlich ist, mehr als 80 % der Bürgerinnen und Bürger wertschätzen und vertrauen der Polizei.

Immer wieder stellen sich die Landespolizei und natürlich auch die GdP die Frage, wie es gelingen könnte, die Situation entscheidend zum Positiven zu verändern. Resignation oder gar Akzeptanz darf es hier nicht geben. Für uns ist die Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich auch die der Rettungskräfte und anderer für diesen Staat tätiger Menschen, von höchstem Wert und deren Schutz muss höchste Priorität haben.

Die Forderungen der GdP sind nicht neu, aber erschreckenderweise seit Jahren aktuell:

- Null Toleranz für Gewalt gegen unsere Kolleginnen und Kollegen!
- deutliche Positionierung von Politik, Gesellschaft und Medien gegen Bedrohungen, Anfeindungen und Angriffen infolge der beruflichen Tätigkeit
- Beibehaltung der rechtlichen Möglichkeiten zum DEIG im Landesverwaltungsgesetz und eine sehr ernsthafte Befassung um die Möglichkeiten einer flächendeckenden Ausrüstung
- umgehende flächendeckende Ausstattung mit Bodycams und Ermöglichung des

Bodycam-Einsatzes in Wohnungen nach § 184 a Landesverwaltungsgesetz

- Einrichtung runder Tische – Expertinnen aus Wissenschaft, Justiz und Zivilgesellschaft bewerten und erarbeiten Empfehlungen
- Verfolgung, Unterlassung und Beseitigung von Hetze im Netz gegen Beschäftigte von Polizei, Zoll, Justizvollzug und andere sollte von Amts wegen durch die Dienstherren vorgenommen bzw. durchgesetzt werden
- Erleichterung von Auskunftssperren für Polizeibeschäftigte und andere von Gewalt betroffene Berufsgruppen
- Evaluation und Anpassung von Rechtsvorschriften (Polizei- und Strafrecht)
- Stärkung der Handlungsfähigkeit des Rechtsstaates – keine Flaschenhalse zwischen Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten. Es muss eine schnelle und zeitgerechte Bearbeitung auf jeder Ebene möglich sein.
- Verbesserungen beim dienstlichen Rechtsschutz und bei der Fürsorge – Anerkennung von Posttraumatischer Belastungsstörung (PTBS) als Dienstunfall
- schnellstmögliche Verbesserung der Trainingsmöglichkeiten für Einsatz- und Schießtraining. Insbesondere die Schießstätten in Schleswig-Holstein sind in einem desolaten Zustand.
- Die Landespolizei sollte insgesamt die Aus- und Fortbildung evaluieren und prüfen. Reichen die Zeiten im Studium oder in der Ausbildung überhaupt

noch aus, um sich auf die anschließenden Aufgaben im polizeilichen „Einzeldienst“ vorzubereiten? Sind die fachpraktischen Anteile in Ausbildung oder Studium noch zeitgemäß und geeignet? Entsprechen sie den Ansprüchen von Einzeldienst und Staatsanwaltschaft oder muss die Landespolizei nach der Ausbildung nicht viel intensiver mit praktischen Fortbildungsangeboten nachsetzen, damit sich diese überhaupt verfestigen können? Hätten wir dazu ausreichend personelle und sächliche Ressourcen?

- Respekt! Anerkennung! Wertschätzung! Vergiss nie: Hier arbeitet ein Mensch!

Es bleibt viel zu tun. Wir wollen den aktuellen Zustand nicht auf Dauer akzeptieren, sondern erwarten von den Akteurinnen und Akteuren erhebliche Kraftanstrengungen, um die Gewalt gegen unsere Kolleginnen und Kollegen einzudämmen.

Und wir werden auch die schwarz-grüne Regierungskoalition weiter beim Wort nehmen! In deren Koalitionsvertrag haben sich die beiden Parteien auf Druck des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften wie folgt festgelegt: „Die Koalitionspartner verurteilen jegliche Form von Gewalt gegen Beschäftigte auf allen Ebenen des öffentlichen Dienstes in Schleswig-Holstein. Für die Beschäftigten des Landes wollen wir gemeinsam mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften konkrete Maßnahmen entwickeln.“

Worten müssen dringend Taten folgen!

**Torsten Jäger**

**DP – Deutsche Polizei**  
Schleswig-Holstein

**Geschäftsstelle**  
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel  
Telefon (0431) 17091  
Telefax (0431) 17092  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion**  
Matthias Felsch  
Martin Rollmann  
Swantje Stieh  
Geschäftsführender Landesvorstand  
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel  
Telefon (0431) 1709-1  
gdp-schleswig-holstein@gdp.de

**Redaktionsschluss**  
Redaktionsschluss für die Ausgabe  
5/2024 ist Freitag, 5. April 2024.



Foto: Sven Neumann



# Schießen in der Landespolizei - ein kurzer Lagebericht

## Die HK 437

Die Walther P99Q, ab 2011 aufwachsend in der Landespolizei eingeführte Pistole, hat sich als verlässliches Einsatzmittel für unsere Kolleginnen und Kollegen erwiesen.

Das wünschen wir uns auch für die zukünftige Mitteldistanzwaffe. Die SIG Sauer MCX war ein teurer Flop. Vor wenigen Wochen wurde nun der Nachfolger für die Landespolizei offiziell vorgestellt, die HK 437 des Herstellers Heckler und Koch. Sie soll nicht nur die MCX und die bewährte MP5 ersetzen. Die Rahmenbedingungen und Ausstattung der Waffe klingen vielversprechend, ihre Zuverlässigkeit, wie wir sie von der MP5 und der P99Q gewohnt sind, wird sie noch unter Beweis stellen müssen.

## Das Distanzelektroimpulsgerät (DEIG)

Die GdP Schleswig-Holstein steht hinter der Entscheidung, das DEIG flächendeckend in der Landespolizei einzuführen. Der Probelauf hat gezeigt, dass das DEIG einfach und sicher handhabbar ist. Durch die auffällige Farbe, die erzeugte Geräuschkulisse und das Projizieren der Trefferpunkte hat es während dessen Erprobung offensichtlich eine deeskalierende Wirkung entfaltet.

Es gibt allerdings auch Handlungsbedarf! Je größer die Anzahl der zur Verfügung stehenden Einsatzmittel, desto größer ist die Gefahr, dass den Einsatzkräften in einem Verfahren vorgeworfen werden könnte, nicht das mildeste Mittel eingesetzt zu haben. Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen jedoch im Einsatz in Bruchteilen von Sekunden eine Entscheidung über das geeignete und mildeste Einsatzmittel treffen. Die Stunden, die man anschließend für eine Diskussion am Verhandlungstisch zur Verfügung hat, haben unsere Kolleginnen und Kollegen eben nicht. Hier fordert die GdP, insbesondere weil eine Ausstattung auf ausgewählten Dienststellen bereits zeitnah erfolgen soll, dass Dienstherr und Ge-

setzgeber umgehend Handlungssicherheit durch intensive Ausbildung und durch eine entsprechende gesetzliche Regelung herstellen, damit ein gutes Einsatzmittel nicht zum Bumerang für die Kolleginnen und Kollegen wird.

## Zustand der Raumschießanlagen in Schleswig-Holstein

Grundsätzlich gibt es bei den Einsatzmitteln eine positive Entwicklung. Also alles bestens beim Thema „Schießen“? Leider nein! Die Situation rund um die Raumschießanlagen und die Schulungskapazitäten trüben das Bild deutlich. Die Anzahl der zur Verfügung stehenden Raumschießanlagen sinkt seit Jahren stetig und die Teilnahme am Schießen wird immer schwieriger bis unmöglich. Es müssen zum Teil lange Fahrtzeiten zum Übungsort in Kauf genommen werden, wodurch viel Arbeitszeit verschwendet wird und andere Arbeiten liegen bleiben müssen. Die Ursachen sind vielfältig, u. a. Mängel bei den Lüftungsanlagen oder Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Reinigung. In manchen Polizeidirektionen ist die Lage so desolat, dass faktisch die zeitnahe Aus- und Fortbildung der Kollegenschaft an den vorhandenen Waffen gefährdet ist. Jetzt kommt dann noch die Ausbildung an der neuen Mitteldistanzwaffe hinzu.

Jährlich ist neben der Kontrollübung das einsatzmäßige Schießen durchzuführen – das ist die Mindestanforderung. Mehr sollte aber eigentlich immer gehen, um sicher mit den Schusswaffen umgehen zu können. Bereits 2022 ist der entsprechende Erlass aus oben genannten Gründen angepasst worden, so dass Polizistinnen und Polizisten keine rechtlichen Konsequenzen für eine Nichtteilnahme am Schießtraining zu befürchten haben, für die der Dienstherr verantwortlich ist. Zumindest intern nicht. Der Einsatz der Schusswaffe ist ein äußerst sensibles Thema, kann er doch erhebliche Folgen für das polizeiliche Gegenüber haben. Es stellt sich die Frage, wie zukünftig die straf- und zivilrechtliche Bewertung ausfallen wird, wenn durch Polizistinnen oder Polizisten

geschossen worden ist, die/der die Schießfortbildung nicht absolvieren konnten? Mal abgesehen von den mit der Schussabgabe auf einen Menschen verbundenen emotionalen und psychischen Belastungen.

Die Mängel an den Raumschießanlagen sind den Verantwortlichen in der Politik und in der Landespolizei seit Jahren bekannt. Statt rechtzeitig Abhilfe geschaffen zu haben, ist man sehenden Auges in diese nicht tragbare und gefährliche Situation gelaufen.

Die aktuellen Entwicklungen, die Ankündigung der Anmietung einer Raumschießanlage eines privaten Investors in Albersdorf und die Sanierung der Kieler Anlage sind nun unbestritten ein erster Schritt in die richtige Richtung, aber nach unseren Berechnungen noch nicht ausreichend. An dieser Stelle weisen wir erneut auf das Angebot eines Unternehmers hin, der die ehemalige Schießbahn der Bundeswehr in Todesfelde kaufen und der Landespolizei zur Nutzung gegen Entgelt zur Verfügung stellen möchte. Nur eine stetige und umfangreiche Aus- und Fortbildung an denen der Polizei zur Verfügung stehenden Waffen können ein Garant für die Sicherheit unserer Kolleginnen und Kollegen sowie der Bürgerinnen und Bürger sein.

Auch das geplante Ausbildungskonzept zur neuen Mitteldistanzwaffe weist nach Bewertung der GdP Mängel auf. Beispielsweise kann angezweifelt werden, dass ein Training mit der geringen Menge an zur Verfügung gestellten Munition erfolgreich durchgeführt werden kann. Daneben erfolgt die Ausbildung der Schießtrainerinnen und -trainer aus den Polizeidirektionen in Eutin. Die diese Ausbildung durchführenden Kolleginnen und Kollegen sind aber bereits voll ausgelastet. Wer soll noch die zurecht intensive Beschulung für das DEIG durchführen.

Auch aus diesem Grund wird die GdP nicht müde werden, weiterhin mehr Planstellen für die Landespolizei zu fordern. Warum? Weil ein personelles Aufwachsen in allen Bereichen erforderlich ist, auch für das Thema Schießen.

**Thorben Steckel für den Landesfachausschuss Schutzpolizei**





EIN FREIES UND SICHERES LEBEN FÜR FRAUEN!

# Diskussion bei einer Veranstaltung der SPD-Landtagsfraktion zum Internationalen Frauentag

Die SPD-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag hatte am 4. März 2024 zum Internationalen Frauentag geladen und sich dazu ein schwieriges Thema ausgesucht: „Was muss getan werden, damit Frauen frei und in Sicherheit leben können?“

Die Landesvorsitzende der SPD, Serpil Midyatli, eröffnete die Veranstaltung im voll besetzten Schleswig-Holstein-Saal des Landtages und begrüßte an erster Stelle die Strafverteidigerin und Autorin Christina Clemm aus Berlin, die aus ihrem aktuellen Buch „Gegen Frauenhass“ vorlas. Die Strafverteidigerin hat in ihrem Beruf vielfach mit Hass, Femicid und häuslicher Gewalt sowie insbesondere deren Opfern und Angehörigen der Opfer zu tun und berichtet in ihrem Buch von ihren Erfahrungen, die teilweise schwer erträglich sind. Unter anderem schilderte sie, dass nur etwa zehn Prozent sexualisierter Gewalttaten tatsächlich angezeigt werden, und von diesen zehn Prozent angezeigter Taten lediglich acht Prozent verurteilt werden. Ihr Vergleich, acht Fälle von 1.000 gelangen zu einer Verurteilung, machte dieses Missverhältnis überaus deutlich.

Die anschließende Podiumsdiskussion, die von der Landtagsabgeordneten der SPD, Beate Raudies, moderiert wurde, fand unter Beteiligung von Christina Clemm, Katharina Wulf, der Geschäftsführerin des Landesverbandes Frauenberatung Schleswig-Holstein e. V. und unserer GdP-Kollegin Sibylle Ganzert statt, die in der Polizeidirektion Neumünster aktuell für die Umsetzung und die Beschulung der Kolleginnen und Kollegen zum Erlass „Hochrisikomanagement im Umgang mit häuslicher Gewalt“ zuständig ist.

Zunächst stellte Katharina Wulf die Idee des Hochrisikomanagements vor. Relativ zügig nach Bekanntwerden von Sachverhalten sollen Risikokonferenzen unter Beteiligung aller relevanten Organisationen, Behörden und Ansprechpartner wie Jugendamt, Ausländeramt, Ordnungsamt, Polizei und vielen mehr stattfinden.

Die Konferenzen beschäftigen sich anschließend mit den Fragen: „Wie gefährlich ist der Täter, welche Maßnahmen kommen infrage, welche Maßnahmen wirken und wie können diese konkret umgesetzt werden?“ Die GdP-Kollegin Sibylle Ganzert, eine

50-jährige Polizeikommissarin aus Rendsburg, stellte aus der Praxis fest, dass der neue Erlass funktioniert. Er sei systematisch, koordinierter als bisher und wesentlich besser.

Allein die Feststellung, dass im gesamten vergangenen Jahr in ihrer Behörde von etwa zwei Hochrisikofällen ausgegangen worden war und jetzt, im ersten Monat diesen Jahres, schon sieben solcher Hochrisikofälle bearbeitet wurden, zeigt, dass diese Fälle mit wesentlich mehr Energie bei der Polizei bearbeitet werden. Sie stellte aber auch heraus, dass das neue Vorgehen wahnsinnig viel Arbeit bedeutet, dass es dafür kein zusätzliches Personal gegeben hat und folglich die Aufgaben an anderer Stelle liegen bleiben.

Sibylle Ganzert betonte die Notwendigkeit von Schulungen und ständiger Fortbildung innerhalb der Polizei für alle Kolleginnen und Kollegen. Sie machte deutlich, dass es erforderlich sei, die Kolleginnen und Kollegen zu sensibilisieren und in diesem Themenbereich rechtlich fit zu machen. Sie richtete allerdings ebenso eine Erwartungshaltung an die Judikative: Manchmal fehle es ihr an deutlicher Rechtsprechung zu diesem Thema, um die Polizei überhaupt handlungsfähig zu machen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde über die Notwendigkeit der Fußfessel in Extremfällen, die Nutzung von Aufenthaltsgebots und die möglicherweise leichtere Kontrolle solcher Gebote diskutiert.

Carina Voß aus dem Vorstand der GdP-Frauengruppe Schleswig-Holstein, die zusammen mit dem GdP-Landesvorsitzenden Torsten Jäger und seinen beiden Vertretern, Sven Neumann und Andreas Kropius, die Veranstaltung besuchte, war von dieser sehr angetan und sagt am Ende: „Wir müssen Frauen stärkeren Rückhalt geben.“

Torsten Jäger bedankte sich sehr bei Sibylle Ganzert, die für die GdP in eine solche öffentliche Podiumsdiskussion gegangen war und ohne Scheu mit sehr viel Pragmatismus die Lage so darstellte, wie sie tatsächlich in der Praxis ist. ■ Torsten Jäger



V. li.: Sibylle Ganzert, Christina Clemm, Serpil Midyatli, Beate Raudies, Katharina Wulf



# Nie wieder ist jetzt!

Demonstrationen gegen Demokratiefeinde, die GdP SH ist dabei!

Seit Mitte Januar, nach der Veröffentlichung der Rechercheergebnisse zum Geheimtreffen der Demokratiefeinde in Potsdam durch das Medienunternehmen „Korrektiv“, finden in ganz Deutschland Demonstrationen für eine wehrhafte Demokratie und die freiheitlich demokratische Grundordnung statt.

Jede Woche gehen die Menschen in den großen Städten, wie auch in den kleinen Gemeinden, auf die Straße. Mal sind es wenige, mitunter aber auch tausende Teilnehmende.

In Kiel, Lübeck, Flensburg, aber auch in Trittau, Schleswig, Quarnbek, Büchen und vielen anderen Orten mehr, kommen die Menschen zusammen und zeigen ihren Unmut über die Demokratiefeinde. Mit dabei: Unsere Kolleginnen und Kollegen der GdP an der Seite der Teilnehmenden unserer Schwestergewerkschaften des DGB und vieler anderer Verbände und Institutionen und dies mit fester Haltung und Überzeugung zu den Werten und Beschlussfassungen der GdP.

So war es auch am 10. Februar 2024 in Itzehoe, wo beinahe 5000 Menschen auf der Malzmüllerriese zusammenkamen, um ein deutliches Zeichen zu setzen.

Einer der Hauptredner, der Kieler Journalist Michael Legband, sprach in seiner Ge-



Foto: Andreas Kropius

burtsstadt Itzehoe u.a. vom Unvereinbarkeitsbeschluss der Gewerkschaft der Polizei aus dem Jahre 2021.

Der gebürtige Itzehoer sagte: „Ein gutes Beispiel für den Umgang mit der AfD hat die Gewerkschaft der Polizei geliefert. Es gibt einen glasklaren Unvereinbarkeitsbeschluss zur AfD und ihren Mitgliedern. Die Positionen und Meinungen der AfD widersprechen dem freiheitlich-demokratischen, rechtsstaatlichen und die öffentliche Sicherheit bewahrenden Selbst- und



Foto: Andreas Kropius

Rollenverständnis von Polizeibeschäftigten. Glückwunsch und Dank, liebe GdP! So macht man das. Nachahmung erbeten!“

Die Demonstrationen gehen weiter und ich möchte Euch ermutigen mitzumachen. Stattet Euch bei euren Regionalgruppen mit Westen, Fahnen und Mützen aus und geht mit Gleichgesinnten auf die Straße.

Nie wieder ist jetzt! ■

**Andreas Kropius,**  
**Stellvertretender Landesvorsitzender**



Foto: Andreas Kropius



Foto: Andreas Kropius





# Mein Schiff

## Norwegens Fjordwelten ab/bis Kiel

ab **1.129 €\*\***

*Mein Schiff 7*  
25.05.-01.06.2025  
7 Nächte  
Innenkabine  
Kategorie C

### Beratung und Buchung:



PSW Reisen  
Max-Giese-Straße 22  
24116 Kiel  
Tel 0431 - 170 93

Mail: [psw-reisen.kiel@t-online.de](mailto:psw-reisen.kiel@t-online.de)

\* Im Reisepreis enthalten sind ganztägig in den meisten Bars und Restaurants ein vielfältiges kulinarisches Angebot und Markengetränke in Premium-Qualität sowie Zutritt zum Bereich SPA & Sport, Entertainment und Kinderbetreuung.

\*\* Preis p. P. im PRO-Tarif bei 2er-Belegung einer Innenkabine ab/bis Kiel inkl. 150 € Frühbucher-Ermäßigung (limitiertes Kontingent) bei Buchung bis max. zum 30.09.2024. An-/Abreise nach Verfügbarkeit zubuchbar.

Veranstalter: TUI Cruises GmbH · Heidenkampsweg 58 · 20097 Hamburg · Deutschland

*Mein Schiff*<sup>®</sup>  
Premium-  
Inklusivleistungen\*





## TAGEBUCH

Ein holpriger grauer Jahresstart 2024 liegt hinter uns mit vielen schriftlichen Stellungnahmen für den Landtag, unzähligen Presseanfragen, Streiks von ÖPNV und Landwirten, landesweiten Demonstrationen sowie auch einigen GdP-internen Schwierigkeiten. Jetzt geht's mit Riesenschritten auf das Frühjahr zu – das Jahr kann und wird nur besser werden.

### 26. Januar

Bei einem Gespräch auf der Geschäftsstelle lernen der Stellvertretende Landesvorsitzende Sven Neumann und ich die neue Chefredakteurin der Kieler Nachrichten, Tanja Köhler, kennen. Sie stellt sich uns als ausgesprochen empathische, sympathische, energiegeladene und interessante Frau dar, mit der die Zusammenarbeit sicher Spaß bringen wird.



Fotos: Susanne Rieckhof

Am Abend dann endlich mal wieder Polzeiball in Neumünster. Das Team um Egon Bahr aus der RG SH-Mitte hatte alles gegeben, es hat sich gelohnt. Mit unserem Titelblatt Sonja Blaas und vielen anderen haben wir viel Spaß. Unbedingte Empfehlung!



### 31. Januar

Mit Sven Neumann nehme ich an der mündlichen Anhörung zum Thema Bodycam im Innen- und Rechtsausschuss teil.

In einer Videokonferenz werden die Entstehungsgeschichte und die Vorteile der App „Blaulichtschule“ vorgestellt. Unser Kooperationspartner, die PVAG, sponsort Gutscheine für ein kostenfreies Premium-Monatsabonnement der Blaulichtschule für alle Anwärtinnen und Anwärter in Schleswig-Holstein, die im Februar und im August 2024 ihre Ausbildung/ihr Studium beginnen und in die GdP eintreten.

### 1. Februar

Mein Büro wird umfunktioniert zum Fernsehstudio, unser Landesvorsitzender gibt ein Interview zur Kleinen Anfrage der FDP



Susanne Rieckhof



Foto: Swantje Stieh

zum Thema „Gewalt gegen Einsatzkräfte“. Von dort aus geht es dann direkt zur Jahreshauptversammlung der Regionalgruppe Lauenburg-Stormarn.



### 12. Februar

GLV-Sitzung mit schwierigen Themen.

### 13. Februar

Torsten Jäger und ich sind eingeladen zur Vorstandssitzung der Tariff Kommission.

### 23. Februar

Landesvorstandssitzung in Lehmkuhlen; Wir sind Demokratiebotschafter.